

23.09.2013

INFORMATIONEN

zur Bundestagswahl
am 22. September 2013

Ergebnis und Analyse

Verantwortlich:
Thomas Volkmann,
Redaktion der Freiheit

Reinhardtstrasse 12
10117 Berlin

Telefon 030 288778-45
Telefax 030 288778-49

Das Ergebnis der Bundestagswahl am 22. September 2013 im Überblick

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis erreicht die CDU 34,1 % der abgegebenen Zweitstimmen; sie gewinnt damit 6,9 Prozentpunkte hinzu und wird damit stärkste Partei im Deutschen Bundestag. Gemeinsam mit der CSU, in Bayern 49,3% (+6,7) und damit bundesweit 7,4% (+0,9) der Zweitstimmen gewinnen kann, stehen für die Union also 41,5% zu Buche –das beste Ergebnis bei einer Bundestagswahl seit 1994.

Die SPD gewinnt gegenüber der vorherigen Bundestagswahl 2,7 Punkte hinzu und erzielt mit 25,7% ihr zweitschlechtestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl seit 1949.

Die FDP ist der eindeutige Wahlverlierer. Sie verschlechtert sich um -9,8 Punkte, erzielt mit 4,8% ihr schlechtestes Ergebnis aller Zeiten bei einer Bundestagswahl und verfehlt den Einzug in den Deutschen Bundestag um rund 103.000 Stimmen.

Die Linke verliert gegenüber 2009 zwar -3,3 Punkte, wird aber mit 8,6% zum ersten Mal drittstärkste der im Bundestag vertretenen Parteien.

Die Grünen erreichen mit einem Verlust von -2,3 Punkten ein Ergebnis von 8,4%.

Die AfD verpasst mit 4,7% den Einzug in den Deutschen Bundestag.

Die Wahlbeteiligung liegt mit 71,5% um 1,5 Punkte über der Wahlbeteiligung von 2009 – dennoch der zweitschlechteste Wert bei einer Bundestagswahl bislang.

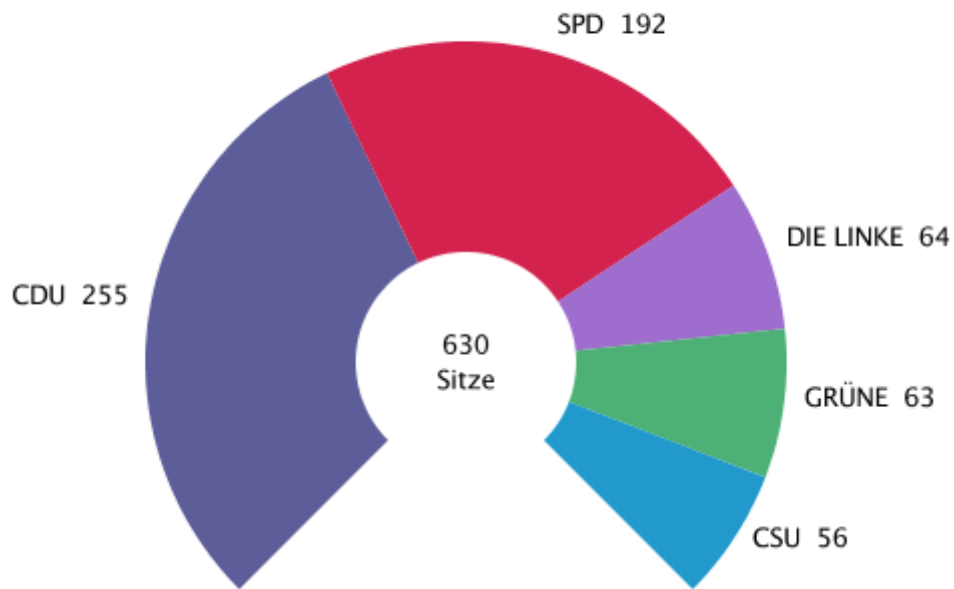
Im neu gewählten Bundestag kommt die CDU/CSU zusammen (CDU 255/CSU 56) auf 311 Sitze (+72). Die SPD entsendet 192 Mandatsträger (+46). Die Linke entsendet 64 Abgeordnete (-12), die Grünen ziehen mit 63 Abgeordneten ins Parlament ein (-5). Die Gesamtzahl der Bundestagsmandate erhöht sich durch die große Zahl Überhangmandate und damit verbundener Ausgleichsmandate auf insgesamt 630.

Auch bei den Wahlkreis- bzw. Erststimmen gibt es Zugewinne für die CDU, die auf 37,2% (+5,2) kommt, und für die CSU, die 8,1% (+0,7) erreicht. Die SPD kommt auf 29,4% der Erststimmen (+1,5). Die FDP erhält nur 2,4% der Erststimmen (-7,1), die Grünen liegen bei 7,3% (-1,9), Die Linke erreicht 8,2% (-2,9); die AfD kommt auf 1,9%.

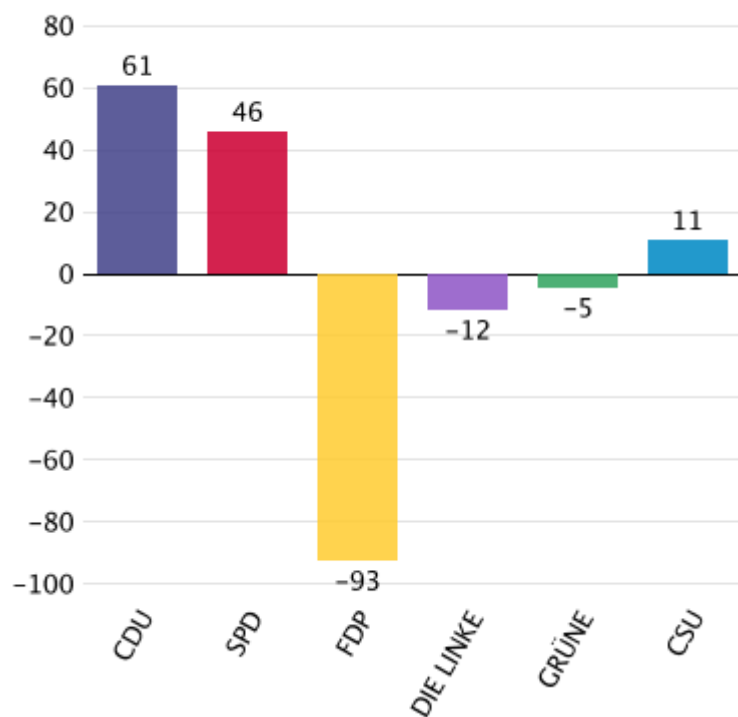
Vorläufiges Ergebnis der Bundestagswahl 2013

Gegenstand der Nachweisung	Erststimmen			Zweitstimmen				
	Anzahl	%	Diff. zu in %-Pkt.	2009	Anzahl	%	Diff. zu in %-Pkt.	2009
Wahlberechtigte	61.903.903	-	-	-	61.903.903	-	-	-
Wähler	44.289.652	71,5		0,8	44.289.652	71,5		0,8
Ungültige	688.428	1,6		-0,2	587.178	1,3		-0,1
Gültige	43.601.224	98,4		0,2	43.702.474	98,7		0,1
CDU	16.225.769	37,2		5,2	14.913.921	34,1		6,9
SPD	12.835.933	29,4		1,5	11.247.283	25,7		2,7
FDP	1.028.322	2,4		-7,1	2.082.305	4,8		-9,8
DIE LINKE	3.583.050	8,2		-2,9	3.752.577	8,6		-3,3
GRÜNE	3.177.269	7,3		-1,9	3.690.314	8,4		-2,3
CSU	3.543.733	8,1		0,7	3.243.335	7,4		0,9
PIRATEN	962.946	2,2		2,1	958.507	2,2		0,2
NPD	634.842	1,5		-0,3	560.660	1,3		-0,2
Tierschutzpartei	4.415	0,0		-0,0	140.251	0,3		-0,2
REP	27.279	0,1		-0,0	91.660	0,2		-0,2
ÖDP	128.158	0,3		0,0	127.085	0,3		-0,0
FAMILIE	4.476	0,0		-0,0	7.451	0,0		-0,3
Bündnis 21/RRP	5.335	0,0		-0,1	8.851	0,0		-0,2
RENTNER	919	0,0		0,0	25.190	0,1		-0,1
BP	28.336	0,1		-0,0	57.285	0,1		0,0
PBC	2.070	0,0		-0,0	18.529	0,0		-0,1
BüSo	18.039	0,0		-0,0	13.131	0,0		-0,1
DIE VIOLETTEN	2.500	0,0		-0,0	8.248	0,0		-0,1
MLPD	12.986	0,0		-0,0	25.336	0,1		-0,0
Volksabstimmung	1.748	0,0		-0,0	28.667	0,1		0,0
PSG	-	-		-	4.840	0,0		0,0
AfD	809.817	1,9		1,9	2.052.372	4,7		4,7
BIG	2.678	0,0		0,0	17.965	0,0		0,0
pro Deutschland	4.818	0,0		0,0	74.311	0,2		0,2
DIE RECHTE	-	-		-	2.288	0,0		0,0
DIE FRAUEN	-	-		-	12.522	0,0		0,0
FREIE WÄHLER	431.409	1,0		1,0	422.857	1,0		1,0
Nichtwähler	-	-		-	11.349	0,0		0,0
PARTEI DER VERNUNFT	3.881	0,0		0,0	25.027	0,1		0,1
Die PARTEI	39.258	0,1		0,1	78.357	0,2		0,2
B	619	0,0		0,0	-	-		-
BGD	1.431	0,0		0,0	-	-		-
DKP	1.705	0,0		0,0	-	-		-
NEIN!	291	0,0		0,0	-	-		-
Übrige	77.192	0,2		-0,2	-	-		-

Sitzverteilung



Gewinne und Verluste der Sitze



Regionale Aspekte der Ergebnisse der Parteien

Die CDU/CSU erreicht ihren höchsten Stimmenanteil in Bayern mit 49,3%, ihren geringsten in Berlin mit 28,5%. Sie gewinnt in allen Bundesländern dazu, am meisten in Baden-Württemberg und Brandenburg (+11,2) und in Sachsen-Anhalt (+11,1).

Die SPD liegt nur in Bremen und in Hamburg vor der Union. Sie erzielt ihr bestes Ergebnis in Bremen mit 35,7% und ihr schlechtestes Ergebnis in Sachsen mit 14,6. Die SPD verliert in Brandenburg (-2,0) und Thüringen (-1,4), stagniert in Sachsen und kann ansonsten in allen Bundesländern hinzugewinnen, am höchsten im Saarland (+6,4).

Die FDP überspringt landesspezifisch nur in Baden-Württemberg (6,2%), in Hessen (5,6%), in Schleswig-Holstein (5,6%), in Rheinland-Pfalz (5,5%), in Nordrhein-Westfalen (5,2%) und in Bayern (5,1) die Fünfprozenthürde. Ihr schlechtestes Ergebnis erzielt sie mit 2,2% in Mecklenburg-Vorpommern. Die höchsten Verluste hat sie in Baden-Württemberg (-12,6); zweistellig verliert sie auch in Schleswig-Holstein, in Hessen, in Rheinland-Pfalz und in Sachsen.

Die Grünen haben ihre Hochburg in Hamburg, wo sie 12,6% erreichen, dabei aber 3,0 Punkte verlieren. Zweistellig liegen die Grünen außerdem in Bremen (12,1%), in Baden-Württemberg (11,0) und in Berlin (12,3%), wo es allerdings mit -5,0 Punkten auch die höchsten Verluste gibt.

Die Linke erreicht ihr bestes Ergebnis in Sachsen-Anhalt mit 23,9%. Am schwächsten ist Die Linke in Bayern mit 3,8%. Sie verliert in allen Ländern, am deutlichsten im Saarland (-11,2).

Die AfD kommt in Sachsen auf 6,8%, in Thüringen auf 6,2%, in Brandenburg auf 6%, in Hessen und Mecklenburg-Vorpommern auf 5,6%, in Baden-Württemberg und im Saarland auf 5,2% und bleibt in den übrigen Ländern unter 5%.

Bundestagswahlergebnisse 2013 in den Bundesländern

Bundesland	Anteile der Zweitstimmen in %							
	WBT	SPD	CDU/ CSU	FDP	GRÜNE	LINKE	AfD	SON
Schleswig-Holstein	73,1	31,6	39,2	5,6	9,4	5,2	4,6	4,4
Hamburg	69,6	32,4	32,2	4,8	12,6	8,8	4,1	4,9
Niedersachsen	73,4	33,1	41,1	4,2	8,8	5,0	3,7	4,1
Bremen	68,8	35,7	29,3	3,4	12,1	10,1	3,7	5,7
Nordrhein-Westfalen	72,5	31,9	39,8	5,2	8,0	6,1	3,9	4,9
Hessen	73,2	28,8	39,2	5,6	9,9	6,0	5,6	4,9
Rheinland-Pfalz	72,8	27,5	43,3	5,5	7,6	5,4	4,8	5,8
Baden-Württemberg	74,3	20,6	45,7	6,2	11,0	4,8	5,2	6,6
Bayern	70,2	20,0	49,3	5,1	8,4	3,8	4,3	9,0
Saarland	72,5	31,0	37,8	3,8	5,7	10,0	5,2	6,5
Berlin	72,4	24,6	28,5	3,6	12,3	18,5	4,9	7,6
Mecklenburg-Vorpommern	65,4	17,8	42,5	2,2	4,3	21,5	5,6	5,9
Brandenburg	68,4	23,1	34,8	2,5	4,7	22,4	6,0	6,5
Sachsen - Anhalt	62,0	18,2	41,2	2,6	4,0	23,9	4,2	5,8
Thüringen	68,2	16,1	38,8	2,6	4,9	23,4	6,2	7,9
Sachsen	69,7	14,6	42,6	3,1	4,9	20,0	6,8	8,0
Bundesgebiet	71,5	25,7	34,1	4,8	8,4	8,6	4,7	6,2

Bundesland	Differenzen zur Vorwahl 2009 in %-Punkten							
	WBT	SPD	CDU/ CSU	FDP	GRÜNE	LINKE	AfD	SON
Schleswig-Holstein	-0,5	+4,8	+7,0	-10,6	-3,3	-2,7	+4,6	
Hamburg	-1,7	+5,0	+4,3	-8,4	-3,0	-2,4	+4,1	
Niedersachsen	+0,1	+3,8	+7,9	-9,1	-1,9	-3,5	+3,7	
Bremen	-1,5	+5,4	+5,4	-7,2	-3,3	-4,2	+3,7	
Nordrhein-Westfalen	+1,0	+3,4	+6,6	-9,6	-2,1	-2,3	+3,9	
Hessen	-0,6	+3,2	+7,0	-11,0	-2,1	-2,6	+5,6	
Rheinland-Pfalz	+0,9	+3,7	+8,3	-11,1	-2,0	-3,9	+4,8	
Baden-Württemberg	+1,9	+1,3	+11,2	-12,6	-2,8	-2,3	+5,2	
Bayern	-1,5	+3,1	+6,7	-9,6	-2,4	-2,7	+4,3	
Saarland	-1,2	+6,3	+7,1	-8,0	-1,1	-11,2	5,2	
Berlin	+1,5	+4,4	+5,6	-8,0	-5,0	-1,7	+4,9	
Mecklenburg-Vorpommern	+2,4	+1,2	+9,4	-7,6	-1,2	-7,5	+5,6	
Brandenburg	+1,4	-2,0	+11,2	-6,8	-1,4	-6,1	+6,0	
Sachsen - Anhalt	+1,5	+1,4	+11,1	-7,7	-1,2	-8,4	+4,2	
Thüringen	+3,0	-1,4	+7,6	-7,2	-1,1	-5,4	+6,2	
Sachsen	+4,7	0,0	+7,1	-10,2	-1,8	-4,5	+6,8	
Bundesgebiet	+0,8	+2,7	+6,9	-9,8	-2,3	-3,3	+4,7	

Schwerpunkte der Veränderungen der Parteien

Nach den Ergebnissen der Wahltagbefragung von Infratest dimap ergeben sich folgende Erkenntnisse:

Stimmenabgabe in Tätigkeits- und Berufsgruppen

Die CDU/CSU fand den höchsten Wählerzuspruch bei den Selbstständigen mit 49%, wo mit 16 Punkten auch die höchsten Zugewinne zu verzeichnen waren. Bei den Rentnern wurde die CDU/CSU zu 49% gewählt (+9); bei den Beamten erreichte sie 44% (+11). Den geringsten Zuspruch fand die Union bei den Arbeitslosen mit 24% (+2).

Die SPD fand ihre Wähler vor allem bei den Rentnern mit 28% (-1), bei den Beamten mit 27% (+1) sowie den Arbeitslosen mit 26% (+2) und den Arbeitern mit 27 (+3).

Die FDP fand bei den Selbstständigen einen Wähleranteil von 10%, verlor in dieser Gruppe jedoch massiv (-16). Bei den Beamten kam die FDP nur noch auf 3% (-10), bei den Angestellten auf 5% (-11). Bei den übrigen Gruppen verzeichnete die FDP 4% beziehungsweise 3%.

Die Linke wurde vor allem von den Arbeitslosen gewählt, wo es ein Ergebnis von 23% (-2) gab. Starken Zuspruch fand die Linke auch bei den Arbeitern mit 13%, wo es aber mit -5 Punkten deutliche Verluste gab. Bei den übrigen Berufsgruppen gab es durchschnittliche Ergebnisse, bei den Beamten mit 4% und einem Rückgang um -3 Punkte ein unterdurchschnittliches Ergebnis.

Die Grünen wurden von den Beamten zu 13% (-5), bei den Angestellten und den Selbstständigen zu jeweils 11% gewählt. Bei den Arbeitslosen stimmten 8% für die Grünen. Bei den Arbeitern kamen die Grünen nur auf 5%, bei den Rentnern nur auf 4%.

Die AfD fand den größten Zuspruch bei den Arbeitern mit 6%, den geringsten bei den Arbeitslosen mit 3%.

Stimmenabgabe in Bildungsgruppen

Die Union wurde häufig von Personen mit mittlerer (43%) oder niedriger (45%) Bildung; in der Gruppe der höher Gebildeten stimmten unterdurchschnittliche 38% für CDU und CSU.

Die SPD erreichte bei der Gruppe der formal niedrig Gebildeten 31 %, bei den Personen mit mittlerem Bildungsstand 25 % und bei den formal hoch Gebildeten 24 % der Stimmen.

Die FDP erreichte bei den formal hoch Gebildeten 6 %, bei den anderen beiden Bildungsgruppen jeweils 4 %. Dabei gingen bei den formal hoch und mittel Gebildeten -10 bzw. -11 Punkte verloren.

Die Linke wurde zu 10 % von Personen mit mittlerem Bildungsstand gewählt; bei den hoch Gebildeten erreichte sie 8 %, bei den Personen mit formal niedriger Bildung 7 %. Dabei gingen besonders bei den niedrig Gebildeten bisherige Wähler verloren (-5).

Die Grünen wurden hauptsächlich von den Personen mit hohem Bildungsstand (13 %) gewählt, allerdings gab es hier mit -4 Prozentpunkten die höchsten Verluste. Bei den Personen mit mittlerer Bildung erreichten die Grünen 7 %, bei denen mit niedrigem Bildungsstand 3 %.

Die AfD erreichte bei den Personen mit hohem Bildungsstand und mit mittlerem Bildungsstand jeweils 5 %, bei den Personen mit niedrigem Bildungsstand 4 %.

Stimmenabgabe in Altersgruppen

Die CDU/CSU wurde vor allem von Personen aus der Gruppe der über 60-Jährigen gewählt (49%); bei den 35 bis 44-Jährigen erreichte sie durchschnittliche 40%, hier gab es mit +10 Punkten die höchsten Zugewinne. Bei den Jüngsten kam sie nur auf 31%.

Die SPD erzielte ihre besten Ergebnisse bei den über 60-Jährigen mit 28% (unv.) und bei den 45 bis 59-Jährigen mit 27% (+3). Bei den mittleren Altersgruppen kam sie jeweils nur auf 22%. Die höchsten Zugewinne (+6) verzeichneten die Sozialdemokraten bei den jüngsten Wählern und kamen hier auf 24%.

Die FDP kam in allen Altersgruppen auf (jeweils allerdings aufgerundete) 5%. Die höchsten Verluste gab es bei den mittleren Altersgruppen, so bei den 25 bis 34-Jährigen mit -13 Punkten und bei den 35 bis 44-Jährigen mit -11.

Die Linke hatte ihr bestes Ergebnis bei den 45-59-Jährigen mit 10% (-5), lag ansonsten bei 8 bzw. 9%. Die höchsten Verluste gab es neben der ältesten Gruppe bei den 45 bis 59-Jährigen (-5).

Die Grünen lagen bei den über 60-Jährigen bei nur 4%. Bei den 25 bis 34-Jährigen kamen sie auf 10%, bei den übrigen Altersgruppen auf 11%..

Die AfD erreichte bei der ältesten Wählergruppe nur 3%, bei den 45 bis 59-Jährigen 5% und bei allen anderen Gruppen jeweils (gerundete) 6%.

Stimmabgabe nach Geschlecht

Die CDU/CSU erreichte bei den Frauen mit 44% einen deutlich höheren Wähleranteil als bei den Männern (39%). Bei beiden Gruppen gab es den durchschnittlichen Zugewinn von 8 Punkten.

Die SPD erzielte bei den Frauen gleichermaßen 25% und bei den Männern 27% der Stimmen, und gewann bei den Frauen (+2) weniger als bei den Männern (+4) hinzu.

Die FDP erreichte bei den Männern mit 5% ein leicht besseres Ergebnis, aber höhere Verluste (-11) als bei den Frauen mit 4% (-9).

Die Linke kam bei den Frauen auf 8 (-3) und bei den Männern auf 9% (-4).

Die Grünen erreichten vor allem weibliche Wähler, wo sie 10% (-2) erzielten, während sie bei den Männern nur auf 7% (-2) kamen.

Die Wähler der AfD waren zu 6% männlich und zu 4% weiblich.

Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung: Kompetenzen, Kandidaten und Parteibindung

Auch bei der Bundestagswahl wurden Sachfragen als Hauptwahlmotive genannt, und zwar von 52% (-4). Die Kandidatenfrage mit 25% (+4) und die langfristige Parteibindung mit 19% (+1) waren deutlich weniger wichtig.

Deutliche Veränderungen gegenüber 2009 gab es bei den Wählern der Union, wo die Ausrichtung an Sachfragen (-4) auf 36% zurückging, während die Frage der Kandidaten stark (+6) an Bedeutung zunahm und mit 38% deutlich über der Quote der anderen Parteien lag. Die langfristige Parteibindung war für unveränderte 22% Ausschlag gebend.

Für die SPD-Wähler stand deutlich und gestiegen die Sachkompetenz im Vordergrund (54% / +5), nur für 21% (-1) die Kandidatenfrage. 22% (-3) gaben ihre langfristige Parteibindung als Wahlmotiv an.

Die verbliebenen Wähler der FDP zogen ihre Wahlmotive wie schon 2009, allerdings deutlich vermindert (-8), aus Sachfragen (54%). Einen leichten Bedeutungszuwachs (+1) verzeichnete die Kandidatenfrage (21%), die langfristige Parteibindung wurde deutlich gestiegen von 19% (+6) genannt.

Die Wähler der Linken (73%) machten ihre Wahlmotivation sehr deutlich, wenn auch leicht zurückgehend (-1) an Sachfragen fest. Für 14% (+2) war die Kandidatenfrage wichtig, für 9% (unv.) die langfristige Parteibindung.

Die Wähler der Grünen orientierten sich zu 68% (-5) an Sachfragen, zu 19% (+4) an der langfristigen Parteibindung und zu 10% (+1) an Kandidaten.

Die Wähler der AfD orientierten sich zu 82% an Sachfragen, zu 4% an der langfristigen Parteibindung und zu 8% an Kandidaten.

Wahlmotive: Kandidat, Sachfragen, Parteibindung			
	Kandidat	Sachfragen	Bindung
Gesamt	25 (+4)	52 (-4)	19 (+1)
CDU/CSU	38 (+6)	36 (-4)	22 (unv.)
SPD	21 (-1)	54 (+5)	22 (-3)
FDP	21 (+1)	54 (-8)	19 (+6)
LINKE	14 (+2)	73 (-1)	9 (unv.)
GRÜNE	10 (+1)	68 (-5)	19 (+4)
AfD	8	82	4

Darüber hinaus hat Infratest dimap abgefragt, ob die Stimmabgabe aus Überzeugung oder aus Enttäuschung über andere Parteien erfolgte.

In der Gesamt-Wählerschaft gaben 67% an, aus Überzeugung abgestimmt zu haben; 27% nannten die Enttäuschung über andere Parteien als Wahlgrund. Deutlich überdurchschnittlich häufig (76%) nannten die Unions-Wähler Überzeugung als Wahlgrund, nur zu 17% Enttäuschung. Bei den Wählern der Grünen nannten 72% Überzeugung und 23% Enttäuschung als Wahlgrund, bei den SPD-Wählern 67% Überzeugung und 27% Enttäuschung. Die Wähler der FDP nannten zu 65% Überzeugung und zu 29% Enttäuschung, die der Linkspartei zu 51% Überzeugung und zu 43% Enttäuschung. Die Wähler der AfD nannten als Wahlgrund nur zu 37% Überzeugung und zu 56% Enttäuschung über andere Parteien.

Darüber hinaus wurde gefragt, ob die jeweilige Partei auch die bevorzugte Partei sei oder ob sie aus koalitionstaktischen Gründen gewählt worden sei. Bei allen Wählern haben nach eigener Angabe 80% die bevorzugte Partei gewählt, 14% haben taktisch gewählt. Bei den Unions-Wählern lag die diesbezügliche Quote bei 86:9, bei den SPD-Wählern bei 83:12, bei den FDP-Wählern bei 50:45, bei den Linke-Wählern bei 76:19, bei den Grünen-Wählern bei 79:18 und bei den AfD-Wählern bei 69:25.

Zeitpunkt der Wahlentscheidung

Bei den Antworten auf die Frage, wann die Wähler sich zur jeweiligen Stimmabgabe entschieden hätten, gaben in der Gesamt-Wählerschaft 15% (unv.) an, dass sie sich erst am Wahltag entschieden hätten, die jeweilige Partei zu wählen; dass sie sich in den letzten Tagen vor der Wahl entschieden hätten, sagten 16% (-2). Die Mehrzahl der Wähler hatte die Entscheidung jedoch vor längerer Frist getroffen: Dass sie sich in den letzten Wochen entschieden hätten, sagten 19% (unv.); dass sie ihre Entscheidung bereits vor längerer Zeit getroffen hätten, sagten 33% (+1). Dass sie immer die gleiche Partei wählten, sagten 15% (+1).

Bei den Unions-Wählern haben sich 13% (-1) erst am Wahltag entschieden, 13% (-1) in den letzten Tagen vor der Wahl; 17% (+1) entschieden sich in den letzten Wochen, 37% (+2) vor längerer Zeit; 18% (-1) gaben an, immer die CDU/CSU zu wählen.

Die SPD-Wähler stimmten in der Summe ähnlich dem Durchschnitt ab: sie gaben zu 15% (-1) an, sich erst am Wahltag entschieden zu haben, zu 17% (-3) erst in den letzten Tagen vor der Wahl, zu 21 (+1) in den letzten Wochen. Dass sie sich vor längerer Zeit entschieden hätten, sagten 30% (+4), dass sie immer dieselbe Partei wählten, sagten 16% (-1).

Bei den FDP-Wählern analysierte Infratest dimap 30% „Spätentscheider“ und 36% „Frühentscheider“: Hier sagten 13% (unv.), dass sie sich erst am Wahltag entschieden hätten; dass sie sich in den letzten Tagen entschieden hätten, sagten 17 (-2), dass sie sich in den letzten Wochen entschieden hätten, sagten 21% (-3). 36% (unv.) sagten, sie hätten sich bereits vor längerer Zeit zur Wahl der FDP entschieden; 13% (+5) gaben an, immer die FDP zu wählen.

Bei den Wählern der Linken gaben 17% (+3) an, sich erst am Wahltag entschieden zu haben, 21% (+2) entschieden sich erst in den letzten Tagen vor der Wahl, 19 (-2) in den letzten Wochen. Dass sie sich vor längerer Zeit entschieden hätten, sagten 30% (-6), dass sie immer dieselbe Partei wählten, sagten 11% (+3).

Bei den Grünen- Wählern gaben 14% (-1) an, sich erst am Wahltag entschieden zu haben; 18% (-4) haben sich in den letzten Tagen entschieden, 20% (-1) in den letzten Wochen, 34% (+3) vor längerer Zeit; 12% (+4) erklärten, immer die gleiche Partei zu wählen.

Die Wählerschaft der AfD scheint in deutlich höherem Maße kurzentschlossen abgestimmt zu haben: hier gaben 20% an, sich erst am Wahltag entschieden zu haben, 24% in den letzten Tagen, 29% in den letzten Wochen; 25% (unv.) gaben an, die Entscheidung bereits vor längerer Zeit getroffen zu haben.

Wählerwanderungsbilanz: Wähleraustausch zwischen den Parteien

Infratest dimap kam in der Wählerwanderungsbilanz zu folgenden Erkenntnissen:

Die Unionsparteien gewannen bei dieser Wahl insgesamt 3.490.000 Stimmen gegenüber 2009 hinzu. Der Hauptanteil kam dabei mit 2.110.000 Stimmen von der FDP. Die Union gab unter den Parteien nur an die AfD im Saldo Stimmen ab (-290.000) und gewann von der SPD (210.000), von der Linkspartei (120.000), von den Grünen (420.000) und von anderen Parteien (200.000) hinzu. Aus dem Lager der ehemaligen Nichtwähler kamen 1.130.000 Wählerstimmen, im Rahmen des Zu- und Fortzugs kamen 80.000 Stimmen, während im Zuge des Generationenwechsels (Erstwähler/Verstorbene) -490.000 Stimmen verloren gingen.

Die SPD gewann insgesamt 1.270.000 Stimmen hinzu. Sie verlor nur an die Union (-210.000) und an die AfD (-180.000) und gewann von der FDP (530.000), von der Linkspartei (370.000), von den Grünen (550.000) und anderen Parteien (20.000) hinzu. Aus dem Nichtwählerlager kamen 360.000 Stimmen, im Rahmen des Zu- und Fortzugs kamen 40.000 Stimmen; im Zuge des Generationenwechsels gingen 210.000 Stimmen verloren.

Die FDP verlor insgesamt -4.230.000 Stimmen. Sie verlor an alle Parteien, so an die Union (-2.110.000), an die SPD (-530.000), an die Linke (-90.000), an die Grünen (-170.000), an die AfD (-430.000) und an andere Parteien (-200.000). An die Nichtwähler gingen -460.000 Wähler verloren, im Zuge des Generationenwechsels -240.000. Bei Zu- und Fortgezogenen gab es keinen Austausch.

Die Linke verlor im Saldo -1.410.000 Stimmen, dabei verlor sie an alle Parteien außer der FDP, von der sie 90.000 Stimmen hinzugewann; so gingen an die Union -120.000 Stimmen, an die SPD -370.000, an die Grünen -40.000, an die AfD -340.000 und an andere Parteien -170.000. An die Nichtwähler wurden -320.000 Stimmen verloren, im Zuge des Generationenwechsels -140.000. Bei Zu- und Fortgezogenen gab es keinen Austausch.

Die Grünen verloren insgesamt -940.000 Stimmen. Dabei gaben sie an die Union -420.000 Stimmen ab, an die SPD -550.000, an die AfD -90.000 und an andere Parteien -110.000. Stimmen gewonnen wurden von der FDP (170.000) und von der Linkspartei (40.000). An die Nichtwähler wurden -40.000 Stimmen abgegeben, im Rahmen des Generationenwechsels gewannen die Grünen 50.000 Stimmen, im Rahmen des Zu- und Fortzugs 10.000 Stimmen.

Die AfD konnte 2.060.000 Stimmen hinzugewinnen. Sie haben – aufgrund der Tatsache, dass sie zum ersten Mal antraten – mit allen Parteien einen positiven Ausgleich. Sie gewannen von der Union 290.000 Stimmen, von der SPD 180.000, von der FDP 430.000, von der Linken 340.000, von den Grünen 90.000 und von anderen Parteien 410.000. Von den Nichtwählern kamen 210.000, im Zuge des Generationenwechsels 100.000 und durch Zu- und Fortzug 10.000.

Wahltagbefragung zur Bundestagswahl 2013 (Infratest dimap)

Zeilen-Prozentwerte	CDU/CSU	SPD	FDP	LINKE	Grüne	AfD
Geschlecht						
weiblich	44	25	4	8	10	4
männlich	39	27	5	9	7	6
Alter						
18 -24 Jahre	31	24	5	8	11	6
25 - 34 Jahre	37	22	5	9	10	6
35 - 44 Jahre	40	22	5	8	11	6
45 - 59 Jahre	38	27	5	10	11	5
60 + älter	49	28	5	8	4	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	35	27	3	13	5	6
Angestellte	39	26	5	8	11	5
Beamte	44	27	3	4	13	5
Selbständige	49	14	10	6	11	5
Rentner	49	28	5	8	4	4
Arbeitslose	24	26	4	23	8	3
Bildung						
hoch	38	24	6	8	13	5
mittel	43	25	4	10	7	5
niedrig	45	31	4	7	3	4
Konfession						
Protestantisch	42	29	5	6	9	5
Katholisch	52	22	6	4	7	4
keine/ andere Konf.	31	24	4	17	10	6
GESAMT						

Wahltagbefragung zur Bundestagswahl 2013 (Infratest dimap)

Veränderungen zu 2009 in %-Pkt.	CDU/CSU	SPD	FDP	LINKE	GRÜNE	AfD
Geschlecht						
weiblich	+8	+2	-9	-3	-2	-
männlich	+8	+4	-11	-4	-2	-
Alter						
18 -24 Jahre	+5	+6	-10	-3	-5	-
25 - 34 Jahre	+8	+5	-13	-3	-4	-
35 - 44 Jahre	+10	+2	-11	-4	-3	-
45 - 59 Jahre	+8	+3	-10	-5	-1	-
60 + älter	+6	0	-7	-5	-1	-
Berufsgruppe						
Arbeiter	+7	+2	-10	-5	-2	-
Angestellte	+7	+6	-11	-3	-3	-
Beamte	+11	+1	-10	-3	-5	-
Selbständige	+16	0	-16	-1	-3	-
Rentner	+9	-1	-8	-4	-1	-
Arbeitslose	+2	+2	-6	-2	-2	-
Bildung						
hoch	+9	+3	-10	-2	-4	-
mittel	+7	+4	-11	-3	-1	-
niedrig	+9	+2	-9	-5	-2	-
Konfession						
Protestantisch	+11	0	-10	-3	-2	-
Katholisch	+6	+4	-10	-2	-2	-
keine/ andere Konf.	+9	+3	-10	-6	-3	-
GESAMT						-

Gründe für den Wahlausgang und das Abschneiden der FDP

Kurz vor der Wahl äußerten sich 51% der Befragten zufrieden und 48% unzufrieden mit der Bundesregierung (zum Vergleich: 2009 waren nur 43% zufrieden, aber 56% unzufrieden). Zur Bilanz nach vier Jahren Schwarz –Gelb bewerteten in der Vorwahlbefragung von Infratest dimap 32% die Situation in Deutschland als besser als 2009, 20% bewerteten sie als schlechter, 46% sahen sie als unverändert. Dass die Bundesregierung an der Verbesserung der Situation einen sehr großen oder großen Anteil hatte, sagen 68%.

Die Zufriedenheit mit der Bundesregierung wurde jedoch in der Vorwahlbefragung im Wesentlichen der CDU/CSU gutgeschrieben, mit deren Arbeit 57% (CDU) bzw. 43% (CSU) sehr zufrieden oder zufrieden waren, während die Arbeit der FDP nur 12% überzeugte. 40% waren mit der Arbeit der CDU und 46% mit der Arbeit der CSU weniger oder gar nicht zufrieden, mit der Arbeit der FDP 82%.

Unmittelbar vor der Wahl äußerten bei Infratest dimap 60%, es sei „Zeit für einen Regierungswechsel“, während 37% sich dafür aussprachen, dass die schwarz-gelbe Koalition weiter regieren sollte. (Zum Vergleich: 2009 waren 58% für einen Regierungswechsel, 35% für ein Weiterregieren der Großen Koalition).

Bei der Frage der Parteikompetenzen in mehreren Politikfeldern werden mehrere Gründe für das gute bzw. schlechte Abschneiden der Parteien deutlich. Hierzu ergaben sich in der Vorwahlbefragung folgende Wertungen ¹⁾ :

	CDU/ CSU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE	Keine / weiß nicht
Wirtschaft in Deutschland voranbringen	58 (+11)	22 (+1)	3 (-11)	3 (+1)	2 (-1)	10 (-2)
Arbeitsplätze sichern, neue schaffen	51 (+14)	29 (-2)	2 (-7)	3 (unv.)	3 (-2)	11 (-4)
Eine verlässliche Außenpolitik betreiben	50	25	6	4	2	12
Eine gute Haushalts- und Finanzpolitik betreiben	48	26	3	3	2	15
Die Euro- und Schuldenkrise in den Griff bekommen	46	20	1	1	2	25
Eine gute Steuerpolitik betreiben	36 (+8)	31 (+2)	6 (-13)	4 (+1)	6 (unv.)	15 (+1)
Eine gute Gesundheitspolitik betreiben	33 (+4)	34 (+4)	4 (-6)	8 (+1)	4 (-2)	16 (-1)
Für eine gute Familienpolitik	33 (-3)	36 (+7)	1 (-6)	10 (-1)	7 (-1)	11 (+1)

und Kinderbetreuung sorgen						
Die Altersversorgung langfristig sichern	31 (+2)	32 (+2)	1 (-7)	3 (+2)	7 (-1)	23 (+5)
Für ein gerechtes Steuer- und Abgabensystem sorgen	30	33	3	6	8	16
Für sichere und bezahlbare Energie sorgen	26	19	2	27	3	19
Für angemessene Löhne sorgen	25 (+5)	45 (+2)	1 (-9)	3 (+1)	11 (-2)	13 (+2)
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	24 (+5)	43 (-1)	2 (-6)	5 (unv.)	12 (-3)	10 (+1)
Sich für den Schutz persönlicher Daten einsetzen	21	19	6	11	3	27
Eine gute Umweltpolitik betreiben	20 (+7)	10 (unv.)	1 (-3)	56 (-8)	1 (-1)	10 (+4)
Die wichtigsten Probleme Deutschlands lösen	47 (+7)	26 (+3)	1 (-4)	3 (-1)	3 (-2)	17 (-2)

¹⁾ Vergleichswerte in Klammern: September 2009

Die in der Vorwahlumfrage von Infratest dimap erfragten Aussagen zu den einzelnen Parteien liefern ebenfalls wichtige Erkenntnisse zu deren letztendlichem Abschneiden bei diesen Wahlen:

- Bezüglich der **CDU/CSU** werden einige positive Aussagen mehrheitlich geteilt. Der Aussage "Angela Merkel ist eine Politikerin, die unser Land in der Welt gut vertritt" stimmen 84 % der Befragten zu. Der Aussage "Angela Merkel macht nicht Parteipolitik, sondern Politik für das Land" stimmen 60 % zu. Der Aussage "Angela Merkel hat in der Euro-Krise richtig und entschlossen gehandelt" stimmen 59 % zu. Der Aussage "Das wichtigste Argument, die Union zu wählen ist Angela Merkel" stimmen 53 % zu. Der Aussage "Bei Angela Merkel macht es keinen großen Unterschied, mit welchem Koalitionspartner dirigiert" stimmen 52 % zu. Der Aussage „Angela Merkel ist der Garant dafür, dass es den Deutschen trotz der Krise gut geht" stimmen 52 % zu. Aber auch negative Aussagen finden mehrheitliche Zustimmung: Der Aussage "Mit der Union hat sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet" stimmen 67 % zu. Der Aussage "Angela Merkel lässt nicht erkennen, wofür sie selbst eigentlich steht" stimmen 61 % zu. Der Aussage "Bei der CDU/CSU werden die Interessen der Arbeitnehmer nicht ausreichend berücksichtigt" stimmen 59 % zu.
- Bezüglich der **SPD** gibt es mehrheitliche Zustimmung zu den Aussagen "Die SPD hat mit der Agenda 2010 einen wesentlichen Anteil daran, dass es Deutschland heute besser geht als anderen Ländern" (65 %) und "Die SPD ist die Partei, die sich am stärksten um sozialen Ausgleich bemüht" (52 %); 45 % stimmen der Aussage zu: "Peer Steinbrück hat

in der Finanzkrise bewiesen, dass er das Land führen kann". Dagegen finden mehrere negative Aussagen mehrheitliche Zustimmung: Der Aussage "Die SPD hat mit Hartz IV und der Rente mit 67 ihre sozialdemokratischen Prinzipien aufgegeben" stimmen 62 % zu. Der Aussage "Die SPD hätte sich für einen anderen Kanzlerkandidaten entscheiden sollen" stimmen 56 % zu. Der Aussage "Peer Steinbrück hat der SPD im Wahlkampf mehr geschadet als genützt" stimmen 54 % zu. Der Aussage "Die SPD ist keine Parteien mehr für die kleinen Leute" stimmen 52 % zu.

- Bezüglich der **FDP** stimmen 28 % der Aussage zu: "Ich fände es gut, wenn die FDP wieder an der Regierung beteiligt wäre". Der Aussage "Die FDP setzt sich mehr als andere Parteien für die Bürgerrechte ein" stimmen 20 % zu. Der Aussage "Die FDP ist die einzige Partei, die Steuererhöhungen verhindern kann" stimmen 9 % zu. Starke Zustimmung gibt es dagegen zu negativen Aussagen über die FDP: Der Aussage "Die FDP hat vor der letzten Wahl viel versprochen und fast nichts davon umgesetzt" stimmen 83 % zu. Der Aussage "Die FDP kümmert sich zu stark um die Interessen bestimmter Wählergruppen" stimmen 79 % zu. Der Aussage "Die SPD hat in den letzten Jahren nichts bewegt" stimmen 70 % zu. Der Aussage "Die FDP ist eine Partei der sozialen Kälte" stimmen 57 % zu. Der Aussage "Die FDP wird in Deutschland nicht gebraucht" stimmen 51 % zu.
- Zur **Linkspartei** stimmen 83 % der Aussage zu "Die Linke löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber wenigstens beim Namen". Der Aussage "Die Linke setzt sich stärker als alle anderen Parteien für sozial Schwache ein" stimmen 57 % zu. Der Aussage "Ich finde es gut, dass es mit der Linken eine Partei gibt, die grundsätzlich gegen Militäreinsätze ist" stimmen 53 % zu. Als negativer Aussage über die Partei stimmen 72 % der Aussage zu: "Die Vorstellungen der Linkspartei sind unrealistisch und lassen sich nicht finanzieren".
- Zu den **Grünen** stimmen 54 % der Aussage zu "die Grünen kümmern sich um Themen, die andere Parteien vernachlässigen". Der Aussage "Ich fände es gut, wenn die Grünen an der Regierung beteiligt wären" stimmen 53 % zu. An negativen Aussagen stimmen 68 % der Aussage zu: "Die Grünen verschrecken die Wähler mit ihren Steuerplänen". Der Aussage "Die Grünen kümmern sich zu wenig um Wirtschaft und Arbeitsplätze" stimmen 61 % zu. Der Aussage "Die Grünen haben sich im Wahlkampf von den Interessen ihrer eigenen Wähler entfernt" stimmen 59 % zu. Der Aussage "Die Grünen wollen uns vorschreiben, wie wir zu leben haben" stimmen 50 % zu.

- Zur **AfD** stimmen der Aussage "Die AfD löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber wenigstens beim Namen" 44 % zu. Der Aussage "Die AfD ist eine Alternative für die, die sonst gar nicht wählen würden" stimmen 37 % zu. Der Aussage "Ich finde es gut, dass es mit der AfD eine Partei gibt, die sich grundsätzlich gegen den Euro ausspricht" stimmen 21 % zu. Der Aussage "Ich fände es gut, wenn die AfD im Bundestag vertreten wäre" stimmen 20 % zu. Der negativen Aussage "Die AfD ist keine ernst zu nehmende Partei" stimmen 56 % zu.

Insgesamt stieg (nach Angaben der Vorwahlbefragung von Infratest dimap) das Interesse an der Bundestagswahl im Wochenrhythmus deutlich an: Vier Wochen vor der Wahl sagten 60%, sie seien sehr stark (18) bzw. stark (42) an der Bundestagswahl interessiert; drei Wochen vor der Wahl waren es 68% (21/47); zwei Wochen vor der Wahl waren es 70% (27/43), in der Wahlwoche waren es schließlich 75% (29/46).

Die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler für eine der Parteien erfolgte offensichtlich durchaus bewusst. Im Rahmen der Vorwahlbefragung von Infratest dimap wurde gefragt, ob die Menschen „genau wissen, für welche politischen Inhalte die Partei steht“ – für die CDU/CSU bejahten dies 77%, für die SPD 75%, für die Grünen 67%, für die Linke 53%, für die FDP 51%. In deutlich geringerem Umfang gilt dies allerdings für die Piraten (25%) und die AfD (24%).

Gefragt wurde auch nach der „Ehrlichkeit der Parteien“: Dass die jeweilige Partei „ehrlich sagt, was sie will“, bejahten für die Grünen 43%, für die Linke 40%, für die SPD 40%, für die CSU 39%, für die CDU 37%, für die Piraten 29%, für die FDP 25% und für die AfD 24%.

Ergebnisse der Bundestagswahlen seit 1949

Jahr	Parteianteile in % ¹⁾							
	WBT in %	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	PDS / LINKE	REP	SON
1949 ²⁾	78,5	31,0	29,2	11,9	-	-	-	27,8
1953	86,0	45,2	28,8	9,5	-	-	-	16,5
1957	87,8	50,2	31,8	7,7	-	-	-	10,3
1961	87,7	45,3	36,2	12,8	-	-	-	5,7
1965	86,8	47,6	39,3	9,5	-	-	-	3,6
1969	86,7	46,1	42,7	5,8	-	-	-	5,5
1972	91,1	44,9	45,8	8,4	-	-	-	0,9
1976	90,7	48,6	42,6	7,9	-	-	-	0,9
1980	88,6	44,5	42,9	10,6	1,5	-	-	0,5
1983	89,1	48,8	38,2	7,0	5,6	-	-	0,5
1987	84,3	44,3	37,0	9,1	8,3	-	-	1,4
1990	77,8	43,8	33,5	11,0	5,1 ³⁾	2,4	2,1	2,1
1994	79,0	41,4	36,4	6,9	7,3	4,4	1,9	1,7
1998	82,2	35,1	40,9	6,2	6,7	5,1	1,8	4,0 ⁴⁾
2002	79,1	38,5	38,5	7,4	8,6	4,0	0,6	2,5 ⁵⁾
2005	77,7	35,2	34,3	9,8	8,1	8,7	0,6	3,2 ⁶⁾
2009	70,8	33,8	23,0	14,6	10,7	11,9	0,4	5,6 ⁷⁾
2013	71,5	41,5	25,7	4,8	8,4	8,6	0,2	10,7 ⁸⁾

¹⁾ Zweitstimmen

²⁾ 1949 hatte jeder Wähler nur eine Stimme

³⁾ Zusammengefasstes Ergebnis von DIE GRÜNEN 4,8% (nur Wahlgebiet West) + Bündnis '90/Grüne 6,1% (nur Wahlgebiet Ost)

⁴⁾ davon DVU 1,2 und NPD 0,3

⁵⁾ davon NPD 0,4 und Schill 0,8

⁶⁾ davon NPD 1,6, REP 0,6

⁷⁾ davon PIRATEN 2,0, NPD 1,5 Tierschutz 0,5

⁸⁾ davon AfD 4,7; Piraten 2,2; NPD 1,3

Sitzverteilung im Deutschen Bundestag seit 1949

Wahltag	Insgesamt ¹⁾	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	PDS / LINKE	SON ²⁾
14.08.49	402	139	131	52	-	-	80
06.09.53	487	243	151	48	-	-	45
15.09.57	497	270	169	41	-	-	17
17.09.61	499	242	190	67	-	-	-
19.09.65	496	245	202	49	-	-	-
28.09.69	496	242	224	30	-	-	-
19.11.72	496	225	230	41	-	-	-
03.10.76	496	243	214	39	-	-	-
05.10.80	497	226	218	53	-	-	-
06.03.83	498	244	193	34	27	-	-
25.01.87	497	223	186	46	42	-	-
02.12.90	662	319 ³⁾	239	79	8 ⁸⁾	17	-
16.10.94	672	294 ⁴⁾	252	47	49	30	-
27.09.98	669	245 ⁵⁾	298	43	47	36	-
22.09.02	603	248 ⁶⁾	251	47	55	2	-
18.09.05	613	222	225	61	51	54	-
27.09.09	622	239	146	93	68	76	-
22.09.13	630	311	192	-	63	64	-

1) bis 1987 ohne Berliner Bundestagsabgeordnete

Zahl der Überhangmandate: 1949: 2; 1953: 3; 1957: 3; 1961: 5; 1980: 1; 1983: 2; 1987: 1; 1990: 6 (CDU); 1994: 16 (12 CDU und 4 SPD); 1998: 13 (SPD); 2002: 5 (4 SPD und 1 CDU)

2) 1949: BP 17, DP 17, KPD 15, WAV 12, Z 10, DRP 5, SSW 1, Unabhängige 3

1953: GB/BHE 27, DP 15, Z 3

1957: DP 17

3) CDU: 268; CSU: 51 4) CDU: 244; CSU: 50 5) CDU: 198; CSU: 47 6) CDU: 190; CSU: 58

7) CDU 179/ CSU 46

8) Zusammengefasstes Ergebnis von

DIE GRÜNEN 0 Sitze (nur Wahlgebiet West) + Bündnis '90/Grüne 8 Sitze (nur Wahlgebiet Ost)

Ergebnisse der Europawahlen in Deutschland seit 1979

Jahr	WBT in %	CDU/ CSU	SPD	GRÜNE	FDP	PDS / LINKE	REP	SON
1979	65,7	49,2	40,8	3,2	6,0	-	-	0,8
1984	56,8	45,9	37,4	8,2	4,8	-	-	3,7
1989	62,4	37,8	37,3	8,4	5,6	-	7,1	3,8
1994	60,0	38,8	32,2	10,1	4,1	4,7	3,9	6,3
1999	45,2	48,7	30,7	6,4	3,0	5,8	1,7	3,7
2004	43,0	44,5	21,5	11,9	6,1	6,1	1,9	8,0
2009	43,3	37,9	20,8	12,1	11,0	7,5		10,8

Sitze der deutschen Parteien im Europaparlament seit 1979

Jahr	Insgesamt	CDU	CSU	SPD	GRÜNE	FDP	PDS / LINKE	REP
1979	81	34	8	35	-	4	-	-
1984	81	34	7	33	7	-	-	-
1989	81	25	7	31	8	4	-	6
1994	99	39	8	40	12	-	-	-
1999	99	43	10	33	7	-	6	-
2004	99	40	9	23	13	7	7	-
2009	99	34	8	23	14	12	8	

Ergebnis der Bundestagswahl am 22. September 2013

Höchste/niedrigste Anteile in den Wahlkreisen

Partei	Anteile in %	Wahlkreis
CDU/CSU		
Höchster Anteil	63,2	1032 Cloppenburg-Vechta
Niedrigster Anteil	15,4	2083 Berlin Friedrichshain-Kreuzberg
SPD		
Höchster Anteil	44,0	1123 Gelsenkirchen
Niedrigster Anteil	10,2	2158 Sächsische Schweiz Osterzgebirge
FDP		
Höchster Anteil	9,2	1106 Düsseldorf I
Niedrigster Anteil	1,6	2086 Berlin-Lichtenberg
GRÜNE		
Höchster Anteil	20,8	2083 Berlin Friedrichshain-Kreuzberg
Niedrigster Anteil	2,5	2164 Erzgebirgskreis I
LINKE		
Höchster Anteil	34,6	2086 Berlin-Lichtenberg
Niedrigster Anteil	2,6	1224 Starnberg
AfD		
Höchster Anteil	8,2	2157 Görlitz
Niedrigster Anteil	2,3	1032 Cloppenburg-Vechta
WAHLBETEILIGUNG		
Höchster Anteil	80,2	1265 Ludwigsburg
Niedrigster Anteil	58,9	2068 Harz

Ergebnis der Bundestagswahl am 22.09.2013

Gewinne/Verluste in den Wahlkreisen

Partei	Veränd. 13 – 09 in %-Pkt.	Wahlkreis	Anteile in %
CDU			
Höchster Gewinn	13,8	1295 Zollernalb-Sigmaringen	52,8
Niedrigster Gewinn	2,9	1240 Kulmbach	52,3
SPD			
Höchster Gewinn	7,2	1296 Saarbrücken	31,1
Höchster Verlust	-3,3	2057 Uckermark- Barnim I	22,7
FDP			
Geringster Verlust	-4,0	2083 Berlin Friedrichshain- Kreuzberg	2,2
Höchster Verlust	-15,8	1295 Zollernalb-Sigmaringen	5,6
GRÜNE			
Niedrigster Verlust	-0,6	1134 Minden-Lübbecke I	7,3
Höchster Verlust	-6,7	2080 Berlin Charlottenburg- Wilmersdorf	15,4
LINKE			
Höchster Gewinn	0,3 0,3	2082 Berlin Neukölln 2081 Berlin Tempelhof- Schöneberg	14,3 10,3
Höchster Verlust	-12,3	1296 Saarbrücken	11,7
AfD			
Höchster Gewinn	8,2	2157 Görlitz	8,2
Niedrigster Gewinn	2,3	1032 Cloppenburg-Vechta	2,3
WAHLBETEILIGUNG			
Höchste Zunahme	7,5	2157 Görlitz	70,2
Höchster Rückgang	-3,2	1240 Kulmbach	70,9

Landtags- und Kommunalwahlen in den Bundesländern 2007 – 2013

Wahltermin	Bundesland	WBT in %	CDU/ CSU	SPD	FDP	GRÜNE	PDS/ LINKE	PIR.	NPD	SON
Landtagswahlen										
27.01.08	Niedersachsen	57,0	42,5	30,3	8,2	8,0	7,1	-		3,9
24.02.08	Hamburg	63,4	42,6	34,1	4,8	9,6	6,4	-		2,6
28.09.08	Bayern	57,9	43,4	18,6	8,0	9,4	4,3	-		11,2
18.01.09	Hessen	61,0	37,2	23,7	16,2	13,7	5,4	-		3,8
30.08.09	Saarland	67,6	34,5	24,5	9,2	5,9	21,3	-	1,5	3,0
30.08.09	Sachsen	52,2	40,2	10,4	10,0	6,4	20,6	-	5,6	6,8
30.08.09	Thüringen	56,2	31,2	18,5	7,6	6,2	27,4	-	4,3	4,7
27.09.09	Brandenburg	67,5	19,8	33,0	7,2	5,6	27,2	-	2,5	3,5
27.09.09	Schleswig-Holstein	73,5	31,5	25,4	14,9	12,4	6,0	-	0,9	8,8
09.05.10	Nordrhein-Westfalen	59,3	34,6	34,5	6,7	12,1	5,6	-	0,7	5,7
20.02.11	Hamburg	57,0	21,9	48,3	6,7	11,2	6,4	-	0,9	4,7
20.03.11	Sachsen-Anhalt	51,2	32,5	21,5	3,8	7,1	23,7	--	4,6	6,8
27.03.11	Baden-Württemberg	66,2	39,0	23,1	5,3	24,2	2,8	-	1,0	4,5
27.03.11	Rheinland-Pfalz	61,8	35,2	35,7	4,2	15,4	3,0	-	1,1	5,3
22.05.11	Bremen	55,5	20,4	38,6	2,4	22,5	5,6	-	1,6	9,0
04.09.11	Mecklenburg- Vorpommern	51,4	23,1	35,7	2,8	8,4	18,4	-	6,0	5,7
18.09.11	Berlin	60,2	23,4	28,3	1,8	17,6	11,7	8,9	2,1	6,2
25.03.12	Saarland	61,6	35,2	30,6	1,2	5,0	16,1	7,4	1,2	3,2
06.05.12	Schleswig-Holstein	60,1	30,8	30,4	8,2	13,2	2,2	8,2	0,5	1,7
13.05.12	Nordrhein-Westfalen	59,6	26,3	39,1	8,6	11,3	2,5	7,8	0,5	3,6
20.01.13	Niedersachsen	59,4	36,0	32,6	9,9	13,7	3,1	2,1	0,8	1,7
15.09.2013	Bayern	63,9	47,7	20,6	3,3	8,6	2,1	2,0	0,6	6,0
22.09.2013	Hessen	73,2	38,3	30,7	5,0	11,1	5,2	1,9	1,1	6,5
Kommunalwahlen										
20.04.07	Sachsen-Anhalt (Teil- KW)	36,5	33,6	20,2	8,4	3,2	19,2	-		15,3
13.05.07	Bremen (Stadt)	58,6	25,7	37,1	5,5	17,4	8,8	-		5,6
13.05.07	Bremerhaven	51,5	23,7	33,6	9,6	12,6	6,1	-		14,3
24.02.08	Hamburg (BV)	60,9	38,1	32,2	5,6	14,6	7,5	-		1,9
02.03.08	Bayern	59,6	40,0	22,6	3,8	8,2	0,7	-		24,7
25.05.08	Schleswig-Holstein	49,5	38,6	26,6	9,0	10,3	6,9	-		8,6
28.09.08	Brandenburg	49,4	19,8	25,8	7,3	4,6	24,7	-		16,9
07.06.09	Baden-Württemberg	50,7	28,4	17,0	5,0	8,2		-		41,4
07.06.09	Mecklenburg- Vorpommern	46,6	31,8	19,3	8,7	5,0	21,6	-		13,7
07.06.09	Rheinland-Pfalz	55,1	37,7	29,5	9,0	8,1	2,7	-		13,1
07.06.09	Saarland	57,3	36,7	32,3	7,2	6,5	12,9	-		4,6
07.06.09	Sachsen	47,7	32,7	10,9	8,3	5,0	15,5	-		27,6
07.06.09	Thüringen	53,2	33,3	20,3	7,4	4,5	20,7	-		13,8
30.08.09	Nordrhein-Westfalen	52,3	38,6	29,4	9,2	12,0	4,4	-	0,3	6,0
27.03.11	Hessen	45,8	33,7	31,5	3,9	18,3	2,7	-	0,4	9,4
22.05.11	Bremen (Stadt)	55,3	20,4	39,3	2,3	22,6	5,8	-	1,4	8,3
22.05.11	Bremerhaven	46,8	20,0	33,1	3,3	22,6	4,6	-	2,2	14,3
11.09.11	Niedersachsen	52,5	37,0	34,9	3,4	14,3	2,4			7,7
26.05.13	Schleswig-Holstein	46,7	38,9	29,8	5,0	13,7	2,5	1,6	0,1	8,5

